

Vertragsbedingungen

**Erfassung, Transport, Übergabe von Altmetall und
Autobatterien
im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm**

August 2021

INHALT – Vertragsbedingungen

1	Gegenstand des Vertrages.....	1
2	Grundlagen und Bestandteile des Vertrages	1
3	Vertragsdauer / Vertragsfristen	1
4	Vergütung / Abrechnung	1
4.1	Allgemein	1
4.2	Preisgleitklausel Dienstleistungen	3
4.2.1	Preisgleitklausel Position 1	3
4.2.2	Preisgleitklausel Dienstleistung - Positionen 2 und 3	3
5	Urkalkulation	5
6	Sicherheiten	5
7	Versicherung, Haftung.....	6
8	Überwachungsrecht des Auftraggebers.....	7
9	Nichterfüllung	7
10	Änderung des Vertragsverhältnisses aufgrund gesetzlicher Bestimmungen..	8
11	Kündigung	8
12	Außerordentliche Kündigung	8
13	Wettbewerbsbeschränkungen, Antikorruptionsklausel.....	10
14	Vertragsstrafen.....	11
16	Teilnichtigkeit	12
17	Unterauftragnehmer	12
18	Ergänzende Leistungen	13
19	Vertragsänderungen.....	13
20	Vertragsende.....	13
21	Gerichtsstand	13
22	Informationspflicht	13
23	Wechsel in der Person des Auftraggebers	13
24	Loyalitätsklausel	14
Anlage 1:	Satzungen	15
Anlage 2:	Kostenstruktur BGL-Rechner	16

1 Gegenstand des Vertrages

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Erfassung, Transport, Übergabe von Altmetall, Autobatterien im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm. Der genauere Inhalt und der Umfang der Beauftragung ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung der Vergabeunterlagen.
- (2) Die Beauftragung des Auftragnehmers (AN) erfolgt nach Maßgabe von § 22 KrWG und beinhaltet keine Übertragung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungszuständigkeit des Auftraggebers (AG).

2 Grundlagen und Bestandteile des Vertrages

- (1) Grundlagen und Bestandteile des Vertrages sind:
 - Leistungsbeschreibung
 - Diese Vertragsbedingungen (jeweils inkl. der zugehörigen Anlagen)
 - Sonstige Unterlagen des der Zuschlagserteilung vorangegangenen Vergabeverfahrens (z.B. Bewerbungsbedingungen etc.)
 - Das Preisblatt mit allen erforderlichen Eintragungen
 - das Angebot / Angebotsschreiben des AN/Bieters (inkl. der zugehörigen Anlagen)
 - die Abfallwirtschaftssatzung des Auftraggebers in der jeweils gültigen Fassung
 - die Allgemeinen Vertragsbestimmungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), in der gültigen Fassung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.
 - das Bürgerliche Gesetzbuch
- (2) Im Fall von Widersprüchen der einzelnen Vertragsbestandteile hat die vorstehende Aufzählung die Funktion einer Rangfolgenregelung. Abweichende oder zusätzliche Vertrags- oder Lieferbestimmungen des Auftragnehmers (AGB) werden nicht Vertragsinhalt, auch wenn ihnen nicht ausdrücklich widersprochen wird.

3 Vertragsdauer / Vertragsfristen

- (1) Leistungsbeginn ist der 01.01.2022
- (2) Der Vertrag läuft zunächst 3 Jahre bis zum 31.12.2024
- (3) Der Vertrag verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr, wenn das Vertragsverhältnis nicht spätestens 9 Monate vor Vertragsablauf von einem der beiden Vertragspartner gekündigt wird.

4 Vergütung / Abrechnung

4.1 Allgemein

- (1) Als Geschäftsjahr gilt das Kalenderjahr.
- (2) Für sämtliche vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen und zu erfüllenden Haupt- und Nebenpflichten aus diesem Vertrag erhält der Auftragnehmer vom Auftraggeber ein von der tatsächlich erbrachten Leistung abhängiges Entgelt bzw. gewährt eine Vergütung nach Maßgabe des Preisblattes. Die zu zahlenden Entgelte/Vergütungen werden für jeden Abrechnungsmonat gesondert im Nachhinein der durchgeführten Leistung abgerechnet.
- (3) Mit den in der Ausschreibung, die der Beauftragung des AN vorangegangen ist, gebotenen Preisen werden sämtliche vom AN zu erbringenden Leistungen abgedeckt. Die Rechnung über die Preise für die Leistungen der Gestellung der Sammelbehälter,

die Übernahme, des Transports sowie der Übergabe an der Übergabestelle und Leerfahrten ist zusammen mit Vorlage der Wiegescheine (Verwiegung bei der Übergabestelle) dem AG vorzulegen. Die einzelnen Preise sind gesondert auszuweisen.

- (4) Die Kopien der Wiegescheine (siehe oben) sind chronologisch und nach laufender Nummer geordnet in einem Sammelnachweis zusammenzufassen. Der AN hat durch geeignete Wiege- und Computersysteme sicherzustellen, dass die Sammelnachweise zweifelsfrei nur die im Vertragsgebiet erfassten Mengen der ausgeschriebenen Leistungen enthalten.
- (5) Die Rechnung ist dem AG in zweifacher Ausfertigung oder elektronisch zusammen mit Vorlage der Wiegescheine (Voll- und Leerverwiegung bei der Übergabestelle) für den jeweiligen Abrechnungsmonat bis spätestens 10 Werktage nach Monatswechsel vorzulegen. Die Rechnungen sind entsprechend Teil D mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen. Der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum jeweiligen Zeitpunkt der Leistungserbringung gültig ist.
- (6) Die endgültige Festlegung der Form und Inhalte der Rechnungsstellung erfolgt im Einvernehmen mit dem AG nach Auftragsvergabe.
- (7) Die Rechnungen sind zahlbar 14 Tage nach Rechnungseingang.
- (8) Ergeben sich Mengenänderungen oder ins Gewicht fallende sonstige Änderungen, die über den in der Leistungsbeschreibung jeweils genannten Prozentsätzen liegen, so werden auf Basis der Urkalkulation Neuverhandlungen zur Anpassung der Angebotspreise geführt. Entspricht die Urkalkulation nicht den Anforderungen gemäß Ziffer 5, so ist eine Anpassung des Angebotspreises außerhalb der Preisgleitung und etwaiger gesetzlicher Ansprüche nicht möglich.
- (9) Abweichend von den vorgenannten und den nachfolgend genannten Regelungen zur Preisanpassung haben beide Vertragsparteien Anspruch auf eine angemessene Entgeltanpassung in folgenden Fällen:
 - Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB);
 - Änderung der Beschaffenheit der Leistung (§ 2 Nr. 3 VOL/B)
- (10) Der AN hat Anspruch auf eine angemessene Entgeltanpassung, soweit ihm durch Änderung der Abfallentsorgungs- und Abfallgebührensatzungen des AG nachweislich erforderliche Mehraufwendungen entstehen.
- (11) Soweit eine Anpassung der Entgelte nach den vorgenannten Bedingungen des § 313 BGB oder § 2 Nr. 3 VOL/B, oder nach Abs. 7 oder 9 oder nach den nachfolgenden Bestimmungen (v.a. Preisgleitung) in Betracht kommt, finden die Vorschriften der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (nebst Anlage „LSP“) unter Berücksichtigung der dem AG vorgelegten Urkalkulation Anwendung.
- (12) Bei Rückforderungen des AG aus Überzahlungen (§§ 812 ff BGB) kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Im Fall einer Überzahlung hat der AN den zu erstattenden Betrag – ohne Umsatzsteuer – vom Empfang der Zahlung an mit 4,0 % p.a. zu verzinsen. § 197 BGB findet keine Anwendung.

4.2 Preisgleitklausel Dienstleistungen

4.2.1 Preisgleitklausel Position 1

- (1) Eine Preisgleitklausel für die Position 1 „Gestellung der Sammelbehältnisse“ (inkl. Unterpositionen) wird nicht vereinbart.
- (2) Die Angebotspreise gelten als Festpreise für die Dauer von 36 Monaten (3 Jahren), also bis zum 31.12.2024.
- (3) Wird die Option Vertragsverlängerung gezogen, erfolgt keine Anpassung der vereinbarten Festpreise.

4.2.2 Preisgleitklausel Dienstleistung - Positionen 2 und 3

- (1) Die nachfolgende Preisgleitklausel gilt für nachfolgend genannte Positionen (vgl. Preisblatt „21217 AWP AM 2021 Angebotspreis.xlsx“):
 - Position 2 (inkl. Unterpositionen): „Übernahme, Transport und Übergabe von Altmetall sowie Autobatterien“
 - Position 3: „Leerfahrten“
- (2) Die Angebotspreise gelten als Festpreise für die Dauer von 24 Monaten, also bis zum 31.12.2023.
- (3) Jede Partei kann eine Anpassung der vereinbarten Vertragspreise wegen einer Preisentwicklung während der Vertragslaufzeit nur jeweils bis zum 30. September des laufenden Jahres schriftlich, per Fax oder Brief beantragen.

Entsprechende Nachweise / Unterlagen zur Preisanpassung sind hierzu zu o.g. Termin anhand statistischer Daten der Vorjahre zu den in Abs. 4 genannten Faktoren vorzulegen.

Die Preisanpassung gilt dann für den Zeitraum ab dem 01. Januar des Folgejahres der Beantragung.

Eine Preisanpassung ist frühestens für den Zeitraum ab 01/2024 möglich (Bei Beantragung bis spätestens 30.09.2023).

- (4) Eine Anpassung der Vertragspreise kann nur nach Maßgabe der nachfolgenden Bedingungen beantragt werden, wenn die Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr gemäß Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e.V. (BGL) unter Anwendung der nachfolgenden Berechnungsformel gegenüber dem Zeitpunkt der Angebotsabgabe (Juni 2021) oder dem letzten Zeitpunkt einer Anpassung des Vertragspreises eine Veränderung um in Summe mehr als 3,0 % erfahren hat. Bezugswert sind die jeweils zuletzt verfügbaren Juni-Werte des Beantragungsjahres (z.B. Beantragung Anpassung bis spätestens 30.09.2023; Berechnungsgrundlage Juni 2023; Anpassung wirksam ab 01.01.2024). Für die Angebotskalkulation und die erste mögliche Anpassung gilt der Bezugsmonat Juni 2021. Bei erneuter Anpassung gilt der bei der letzten Anpassung verwendete Berechnungsmonat als neuer Bezugsmonat. Erfolgt eine Anpassung, dann geschieht diese gemäß der Berechnungsformel der Preisgleitklausel für die volle Steigerung.
- (5) Die Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr wird dabei anteilig mit 70 % berücksichtigt. 30 % der Vergütung sind von der Preisgleitung ausgenommen.

4.2.2.1 Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr

Maßgeblich für die Veränderung der Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr ist die Berechnung des Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e.V. (BGL) zu finden im Internet unter <http://www.bgl-ev.de/> „Der BGL“ / „Branchenkostenentwicklung“) mit folgenden Kriterien:

Kostenstruktur: nationaler Nahverkehr 2018

Kostenveränderungen: Nahverkehr

Bezugsmonat für erste Preisanpassung: Juni 2021

Steigt der Index, so erhöht sich im gleichen prozentualen Maße der definierte Anteil des Preises, fällt der Index, so sinkt der definierte Anteil des Preises im gleichen prozentualen Maße.

4.2.2.2 Berechnungsformel für diese Preisgleitklausel:

$$V = A \times (0,3 + 0,7 \times (1 + \text{Index}_{\text{BGL}}[\%]))$$

Hierbei bedeuten:

- V** = Vergütung für die Leistungen, die der Preisgleitklausel unterliegen in EUR/Mg
- A** = Angebotspreis des AN für die Leistungen, die der Preisgleitklausel unterliegen in EUR/Mg
- Index_{BGL}** = Gesamtkostenveränderung in % der Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr des Bundesverbandes Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e.V. (BGL) (Gesamtergebnis für Berechnungszeitraum).

Berechnungsbeispiel für die erste mögliche Preisanpassung zum 01.01.2024 bei Beantragung bis spätestens 30.09.2023:

Angebotspreis **A** = 20,00 fiktiver Angebotspreis des AN in EUR/Mg

Index_{BGL} = 5,5% fiktive Gesamtkostenveränderung für Zeitraum Juni 2021 bis Juni 2023

Berechnung (Rundung Vergütung jeweils auf maximal zwei Nachkommastellen):

$$V = A \times (0,3 + 0,7 \times (1 + \text{Index}_{\text{BGL}}[\%]))$$

$$V = 20,00 \times (0,30 + 0,7 \times (1 + 0,055))$$

$$V = 20,77 \text{ EUR/Mg}$$

- ➔ Die Steigerung des Berechnungsergebnisses für die neue Vergütung liegt bei 3,9%. Die Steigerung liegt somit in Summe über 3,0% und eine Anpassung des Angebotspreises auf 20,77 EUR/Mg kann erfolgen.
- ➔ Für eine erneute Anpassung der Vergütung ist bei der Berechnung der neue Bezugsmonat Juni 2023 anzusetzen.

5 Urkalkulation

- (1) Der AN hat dem AG jedenfalls spätestens nach Zuschlagserteilung eine Urkalkulation nach Maßgabe der Bewerbungsbedingungen in einem gesonderten, verschlossenen, versiegelten und deutlich gekennzeichneten Umschlag vorzulegen. Der Umschlag soll mit der Aufschrift für die beauftragten Leistungen des Bieters und mit Namen und Anschrift des Bieters gekennzeichnet sein.
- (2) Sollte es vor der Zuschlagserteilung nicht bereits zur Übergabe der Urkalkulation gekommen sein, reicht der AN diese bis spätestens 14 Tage nach Zuschlagserteilung nach.
- (3) Der versiegelte Umschlag mit der Kalkulation wird beim AG hinterlegt. Die Urkalkulation wird bei Bedarf durch den AG nach Benachrichtigung des AN, in der ihm die Gelegenheit einzuräumen ist, an der Öffnung teilzunehmen, geöffnet.
- (4) Die Kostenermittlung des AN muss mit Hilfe der Urkalkulation für die jeweils gebotenen Preise vollständig und zweifelsfrei nachvollziehbar sein. In der Kalkulation sind soweit zutreffend Investitionskosten, Personal- und Materialkosten, Wartungs- und Instandhaltungskosten, Entsorgungskosten, Verwertungskosten, Erlöse, Gestellungs- und Transportkosten, Betriebskosten, Verwaltungskosten etc. der einzelnen Leistungen detailliert darzustellen. Vor allem müssen für die nachfolgend genannten Leistungen Angaben dazu enthalten sein, wie die Entgelte kalkuliert worden sind bzw. welche Anteile der Kosten in die jeweiligen Entgeltpositionen eingeflossen sind und welchen Kostenansatz der AN v.a. für nachfolgende Leistungen kalkuliert hat:

- Gestellung der Sammelbehältnisse (Abrollcontainer, Batteriecontainer)
- Übernahme, Transport und Übergabe von Altmetall, Autobatterien von den Sammelstellen des AG
- Leerfahrten

Es müssen Angaben enthalten sein, welchen Zeitansatz der AN für Übernahme und Transport sowie die Übergabe des Altmetalls bzw. der Autobatterien kalkuliert hat und wie die Entgelte pro Stunde kalkuliert worden sind bzw. welche Anteile der Kosten dort eingeflossen sind. Zudem sind die Kostenansätze für Wagnis und Gewinn aufzuführen.

- (5) Die Kostenermittlung des AN muss mit Hilfe der Urkalkulation vollständig und zweifelsfrei nachvollziehbar sein.
- (6) Entspricht die Urkalkulation nicht den genannten Anforderungen, so ist eine Anpassung der Angebotspreise außerhalb der Preisgleitung und etwaiger gesetzlicher Ansprüche nicht möglich. Hierfür ist allein der AN verantwortlich. Die entstehenden Kosten sind vom AN zu tragen.
- (7) Alle Angaben der Kalkulation werden vertraulich behandelt.

6 Sicherheiten

- (1) Der AN ist verpflichtet, dem AG innerhalb von 14 Tagen nach Zuschlagserteilung eine selbstschuldnerische Bürgschaft über 5,0% der beauftragten Leistung (inkl. Umsatzsteuer, siehe auch 6 (3)) eines in der Europäischen Union oder in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder Mitglied des WTO-Dienstleistungsübereinkommens (GATS) ist, zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers vorzulegen. Die selbstschuldnerische Bürgschaft muss den Verzicht auf die Einreden der Anfechtung, der Aufrechnung sowie der Vorklage gemäß §§770, 771 BGB enthalten.

- (2) Auf Anforderung hat der AN dem AG kurzfristig durch eine entsprechende Bestätigung eines in der Europäischen Union oder in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder Mitglied des WTO Dienstleistungsübereinkommens (GATS) ist, zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers nachzuweisen.
- (3) Die beauftragte Leistung bemisst sich nach der Summe der Kosten und Erlöse über die gesamte Vertragslaufzeit ohne Verlängerungsoption. Hierbei sind vom AG zu zahlende Bruttowertungspreise sowie vom AN zu zahlende Netto-Erlöse zu addieren.
- (4) Die Sicherheit für die Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher bis zur Abnahme entstandenen Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere Ansprüche auf Vertragsstrafe, Verzugsschadensersatz, ungerechtfertigte Bereicherung, Schadensersatz statt der Leistung, vertragliche Rückgriffsansprüche oder Ansprüche aus sonstigen Gründen einschließlich deliktischer Ansprüche sowie sämtliche, auch künftige Ansprüche nach Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Weiter umfasst sind
- gesetzliche Regressansprüche des AG gegen den AN im Falle der Inanspruchnahme des AG
 - Ansprüche nach § 14 Arbeitnehmer-Entsendegesetz durch Arbeitnehmer des AN oder durch Arbeitnehmer eines in der Nachunternehmerkette enthaltenen Nachunternehmers auf Zahlung des Mindestlohns oder wegen bezahlten Urlaubs;
 - Ansprüche nach § 28e Abs. 3a SGB IV durch deutsche Sozialversicherungsträger, deren Einzugsstellen oder zuständige Stellen eines anderen EWR-Staates oder Drittstaates wegen ausstehender Beiträge
 - Ansprüche nach § 150 Abs. 3 SGB VII, ZVB 28e Abs. 3a SGB IV durch deutsche Berufsgenossenschaften oder zuständige Stellen eines anderen EWR-Staates oder Drittstaates wegen ausstehender Unfallversicherungsbeiträge
 - etwaige Regressansprüche des AG wegen gegen ihn verhängten Bußgeldern aufgrund illegaler Beschäftigung von Arbeitnehmern
 - Rückerstattungsansprüche des AG wegen Überzahlungen einschließlich Zinsen
 - Schadensersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen gemäß § 241 BGB.
- (5) Für die Schlüssel, die der AN zur Leistungserbringung auf den Wertstoffhöfen erhält, sind jeweils 50,00 EUR Kautions (pro Schlüssel) beim AG zu hinterlegen, die bei Rückgabe der Schlüssel am Ende der Vertragslaufzeit wieder herausgegeben wird. Bei Verlust haftet der AN für den daraus entstandenen Schaden, insbesondere für den durch den notwendigen Austausch der Schließanlage entstehenden Kostenaufwand, soweit dieser nicht durch die hinterlegte Kautions beglichen werden kann.
- (6) Im Übrigen gilt § 18 VOL/B.

7 Versicherung, Haftung

- (1) Betriebshaftpflichtversicherung:
- Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Abdeckung seiner Haftung eine ausreichende Versicherung abzuschließen und während des Vertragszeitraums aufrecht zu erhalten (Betriebshaftpflicht mit mindestens einer Deckungssumme von 1.500.000 EUR für Personenschäden sowie einer Deckungssumme von 500.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden und 150.000,00 EUR für Bearbeitungsschäden). Dem Auftraggeber ist auf Verlangen ein Nachweis über das Vorliegen der Versicherungen vorzulegen.

- (2) **Umwelthaftpflichtversicherung:**
Der Bieter verpflichtet sich, zur Abdeckung seiner Haftung eine ausreichende Versicherung abzuschließen und während des Vertragszeitraums aufrecht zu erhalten. Dem Auftraggeber ist auf Verlangen ein Nachweis über das Vorliegen der Versicherungen vorzulegen.
- (3) Der vertragliche oder gesetzliche Umfang der Haftung des Auftragnehmers wird durch dessen Haftpflichtversicherung weder eingeschränkt noch auf die Versicherungssumme beschränkt.
- (4) Hat der Auftraggeber aufgrund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadensersatz zu leisten, so steht ihm der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, wenn der Schaden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden des Auftraggebers oder seines Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, so findet § 254 BGB Anwendung.
- (5) Der Auftragnehmer haftet für Verunreinigungen oder Beschädigungen an Bodenflächen, Gebäuden, Bepflanzungen oder sonstigen Einrichtungen, die durch sein Personal oder seine Fahrzeuge verursacht werden.
- (6) Der AN verpflichtet sich, den AG unverzüglich schriftlich darüber zu informieren, wenn der Versicherungsschutz infolge Zahlungsverzugs oder aus sonstigen Gründen entfällt oder wenn die jeweilige Versicherung aufgehoben wird.

8 Überwachungsrecht des Auftraggebers

- (1) Der AG ist berechtigt, durch seine Beauftragten die Durchführung der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen zu überwachen und die notwendigen Anweisungen gegenüber dem AN und in Einzelfällen bei Gefahr im Verzug gegenüber dessen Personal zu treffen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem AN unverzüglich schriftlich bekannt zu geben.
- (2) Der AG kann zudem vom AN jederzeit den Nachweis verlangen, dass die für die Leistungserbringung für Transport- und Beförderungsleistungen eingesetzten Mitarbeiter entsprechend dem Angebot bezahlt werden und dass zur Leistungserbringung Fahrzeuge eingesetzt werden, die die Anforderungen aus dem Angebot des AN einhalten.

9 Nichterfüllung

- (1) Für alle sich aus der schuldhaften Nichterfüllung des Vertrages ergebenden Schäden haftet der Auftragnehmer.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter freizustellen, die aus einer nicht vertragsgemäßen Leistungserbringung durch den Auftragnehmer resultieren, die von diesem zu vertreten sind.
- (3) Ist der Auftragnehmer mit seiner Leistung ganz oder teilweise in Verzug, so kann ihm der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Erbringung der Leistung setzen. Nach dem Ablauf der Frist ist der Auftraggeber berechtigt – falls die Leistung nicht rechtzeitig erbracht wurde –, den Vertrag zu kündigen oder den nicht erbrachten Teil der Leistung auf Kosten des Auftragnehmers selbst oder durch einen Dritten ausführen zu lassen. Die Setzung weiterer Fristen bzw. die Einhaltung weiterer Voraussetzungen durch den Auftraggeber ist nicht erforderlich.

10 Änderung des Vertragsverhältnisses aufgrund gesetzlicher Bestimmungen

- (1) Sollten allein aufgrund gesetzlicher Regelungen oder behördlicher Auflagen Leistungsbestandteile nach diesem Vertrag entbehrlich werden, ohne dass dies durch den Auftraggeber zu vertreten ist, ist der Auftraggeber insoweit zur Teilkündigung des Vertrages berechtigt, ohne dass der Auftragnehmer deswegen Ersatzansprüche (z.B. auf Ersatz des entgangenen Gewinns für die gekündigte Teilleistung) geltend machen kann.
- (2) Wird aufgrund gesetzlicher Neuregelungen des einschlägigen Abfallrechts eine Änderung dieses Vertrages erforderlich, verpflichten sich die Vertragspartner, unverzüglich entsprechende Anpassungsverhandlungen aufzunehmen. §313 BGB ist zu beachten.
- (3) Erweist sich eine Anpassung des Vertrages als nicht zulässig, nicht möglich oder als einem Vertragspartner nicht zumutbar, ist der benachteiligte Vertragspartner berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer angemessenen Frist zu kündigen. Als angemessen gilt regelmäßig eine Frist von drei Monaten. Scheitern die Vertragsverhandlungen aus einem Grund, den ein Vertragspartner zu vertreten hat, ist der andere Vertragspartner zur Kündigung innerhalb einer angemessenen Frist berechtigt.

11 Kündigung

- (1) Für die Beendigung des Vertrages sind § 133 GWB, §§ 8 und 9 VOL/B sowie die gesetzlichen Vorschriften über die Kündigung von Werk- und Dauerschuldverhältnissen zu beachten.
- (2) Den Vertragsparteien steht insbesondere das Recht der Kündigung aus wichtigem Grund im Sinne von § 314 BGB zu. Als wichtige Gründe werden auch Umstände höherer Gewalt eingestuft, deren Einwirkung sich so gestaltet, dass dem kündigenden Vertragspartner unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertrages bis zur vereinbarten Beendigung nicht zugemutet werden kann.
- (3) Der Auftraggeber kann den Vertrag insbesondere in folgenden Fällen aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist nach § 314 BGB kündigen:
 - Der Auftragnehmer hat Leistungen abgerechnet, die er tatsächlich nicht erbracht hat.
 - Der Auftragnehmer hat die Verpflichtungen aus diesem Vertrag nach zweimaliger Abmahnung nicht erfüllt.
 - Der AN hat Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur Verwaltung des AG Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt. Solchen Handlungen stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

12 Außerordentliche Kündigung

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung steht gemäß § 314 BGB weiter

- (1) beiden Vertragsparteien mit angemessener Frist zu, bei Vorliegen höherer Gewalt, deren Einwirkung sich so gestaltet, dass nach billigem Ermessen einem der beiden Vertragspartner die Aufrechterhaltung des Vertrages bis zum Ablauf der

Kündigungsfrist oder bis zur vereinbarten Kündigung des Vertrages nicht zugemutet werden kann;

(2) dem Auftraggeber, fristlos oder nach seiner Wahl mit einer Auslauffrist von bis zu 6 Monaten zu, wenn

- a) über das Vermögen des AN die Eröffnung des Insolvenzverfahrens beantragt, die Eröffnung des Insolvenzverfahrens abgelehnt, über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren eröffnet oder das Insolvenzverfahren mangels Masse eingestellt wird;
- b) der Auftragnehmer seine Verpflichtungen trotz dreimaliger Abmahnung seitens des Auftraggebers grob vernachlässigt und wenn dadurch die Sammlung, die Übernahme, den Transport und die Übergabe der Bioabfälle auf unzumutbare Weise gestört wird. (unberührt davon besteht die Möglichkeit der ordentlichen Kündigung nach Ziffer 11 Abs. (3));
- c) dem Auftragnehmer die Verletzung von wesentlichen behördlichen Auflagen, Genehmigungen oder gesetzlichen Vorschriften oder eine illegale Abfallentsorgung nachgewiesen wird;
- d) der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer übertragen hat und trotz einer unter Androhung der Auftragsentziehung gesetzten Frist, die Leistungen nicht wieder im eigenen Betrieb aufgenommen hat;
- e) der Auftragnehmer nachweislich unzulässige wettbewerbsbeschränkende Absprachen getroffen hat, insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über
 - Preise
 - Gewinnaufschläge
 - Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten
 - Gewinnbeteiligung oder andere Angaben,es sei denn, dass sie nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind;
- f) der Auftragnehmer Personen, die seitens des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile (vgl. §§ 331 ff. StGB) anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des AN stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

Der Auftraggeber ist berechtigt, in diesen und in anderen Fällen der fristlosen Kündigung, die noch nicht erbrachten Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten durchführen zu lassen. Den hieraus entstehenden Schaden hat der Auftragnehmer zu ersetzen. Die bis zur Kündigung tatsächlich erbrachten Leistungen werden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen abgerechnet und bezahlt.

Zudem kann der AG auch mit einer Auslauffrist von bis zu 6 Monaten kündigen, wenn wegen etwaiger Europarechtswidrigkeit dieses Vertrages ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet wird und der Auftraggeber deswegen vom Bund oder durch eine Entscheidung des EuGH angehalten wird, den Vertrag zu beenden.

Ein wichtiger Grund kann auch vorliegen, wenn sich die Rechtsgrundlagen der zu erbringenden Leistungen soweit ändern, dass ein Fortsetzen des Vertrages unzumutbar oder rechtswidrig wäre.

- (3) durch den Auftragnehmer, falls der Auftraggeber mit einer ihm obliegenden Zahlungsverpflichtung trotz zweifacher Mahnung länger als einen Monat in Verzug ist.
- (4) Dem AG ist jede Änderung der Rechtsform und/oder die Übertragung von mehr als 50% Geschäftsanteile schriftlich mitzuteilen. Dem AG steht dann ein Sonderkündigungsrecht mit einer Frist von 6 Monaten zu, wenn sich infolge der Änderungen Zweifel an der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit bzw. am Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S. der §§ 123, 124 GWB begründet nachweisen oder nicht zuverlässig ausräumen lassen. Der AG bestätigt den Erhalt entsprechender Informationen zu solchen Änderungen schriftlich innerhalb von 3 Monaten. Unterlässt der AN den AG entsprechend zu informieren, so hat der AG ohne Prüfung der Zuverlässigkeit oder des Vorliegens von Ausschlussgründen 3 Monate ein Sonderkündigungsrecht des Vertrags mit einer Frist von 6 Monaten. Die Frist von 3 Monaten läuft ab dem Tag des Bekanntwerdens beim AG.

13 Wettbewerbsbeschränkungen, Antikorruptionsklausel

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gemäß § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter
 - a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
 - b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
 - c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.
- (2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich vorwerfbare Handlungen gemäß Nummer 1 a) dieses Abschnitts vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- (3) Bei nachgewiesenen Handlungen gemäß Nummer 1 b) oder 1 c) dieses Abschnitts ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 5 % der Abrechnungssumme verpflichtet.
- (4) Die Ziffern 1b und 1c finden keine Anwendung, soweit es sich um sozial adäquates Verhalten im Sinne von Nummer IV des „Rundschreibens des BMI zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken in der Bundesverwaltung vom 8.11.2004“ handelt. (Rundschreiben siehe: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_08112004_DI32101701.htm)
- (5) Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

14 Vertragsstrafen

- (1) Werden vom Auftragnehmer die ausgeschriebenen Leistungen (s. Leistungsverzeichnis) nicht ordnungsgemäß (nicht gehörige Aufgabenerfüllung) und/oder nicht im vereinbarten Zeitraum (nicht fristgerechte Aufgabenerfüllung) ausgeführt, sind vom Auftragnehmer für diesbezügliche Vertragsverstöße Vertragsstrafen zu zahlen, sofern der Auftragnehmer diese zu vertreten hat.
- (2) Vertragsstrafen können geltend gemacht werden, wenn im Übrigen die Voraussetzungen der §§ 339 bis 341 BGB bejaht werden können.
- (3) Die Höhe der Vertragsstrafe richtet sich bei
 - nicht rechtzeitiger Erbringung von (Teil-)Leistungen jeweils nach der Dauer der Fristüberschreitung (in Tagen), die sich als Differenz zwischen fristgerechtem Zeitpunkt der Leistungserbringung und dem Zeitpunkt der tatsächlichen und vollständigen Leistungsausführung ergibt. Dies betrifft die folgenden Teilleistungen:
 - nicht rechtzeitige Bereitstellung und/oder Abholung (Entleerung) von Sammelbehältern an den Sammelstellen (je Sammelbehälter 50,- EUR/Tag)
 - Bereitstellung von nicht zugelassenen Sammelbehältern an den Sammelstellen (z.B. ohne gültige Prüfplakette) (je Sammelbehälter 50,- EUR/Tag)
 - nicht fristgerechte Vorlage der Sicherheitsbürgschaft (200,- EUR/Tag)
 - nicht fristgerechte Vorlage der Urkalkulation (200,- EUR/Tag)
 - nicht ordnungsgemäßer bzw. nicht gehöriger Ausführung von (Teil-)Leistungen, die nicht fristgebunden sind, nach der Bedeutung des Verstoßes. Wiederholungsverstöße werden wie neue Verstöße behandelt. Dies betrifft die folgenden Teilleistungen:
 - Einsatz von Fahrzeugen, die nicht die geforderte bzw. angebotene Schadstoffnorm erfüllen (je Fahrzeug 200,- EUR/Einsatztag)
 - Nicht erfolgte Zuordnung der Containernummer auf Wiegescheinen (50,- EUR/Vorfall)
 - wiederholter, nicht ordnungs- bzw. vertragsgemäßer Ausführung der folgenden Teilleistungen bei der Leerung der Sammelgefäße ab dem 2. Verstoß trotz Beanstandung der vorausgehenden, falls der zweite innerhalb eines kürzeren Zeitraums von bis zu zwei Monaten zu verzeichnen ist, nach der Bedeutung des Verstoßes:
 - nicht ausreichende Beseitigung von Verunreinigungen, (je Standort / Verunreinigung 100,- EUR)
 - allen weiteren schwerwiegenden Vertragsverstößen nach der Höhe der Beeinträchtigung, die sich für den AG ergibt.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, anfallende Vertragsstrafen nach Ankündigung der Geltendmachung bei der Abrechnung mit dem Auftragnehmer aufzurechnen. Unbeschadet der Vertragsstrafen ist der Auftraggeber berechtigt, einen weitergehenden Schaden geltend zu machen. Die Vertragsstrafe ist auf den Schadensersatzanspruch anzurechnen. Weiterhin bleibt das Recht zur außerordentlichen Kündigung unberührt.
- (5) Die Summe der Vertragsstrafen nach diesem Vertrag wird auf insgesamt 5 % der voraussichtlichen Leistung (inkl. Umsatzsteuer) begrenzt. Die beauftragte Leistung bemisst sich nach der Summe der Kosten und Erlöse (ohne Berücksichtigung des Vorzeichens) über die gesamte Vertragslaufzeit, ohne Verlängerungsoption.

15 Behinderung und Unterbrechung der Leistungen

Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Durchführung der Leistungen behindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen. Sobald die Behinderung entfällt, hat der Auftragnehmer die Leistungen ohne besondere Aufforderung unverzüglich wieder aufzunehmen.

16 Teilnichtigkeit

- (1) Sollten sich einschlägige gesetzliche Bestimmungen oder das Abfallkonzept des Auftraggebers ändern oder einzelne Bestimmungen dieses Vertrages aus anderen Gründen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden oder sich als nicht durchführbar erweisen, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen davon unberührt.
- (2) Die Vertragspartner verpflichten sich, solche unwirksamen, unwirksam gewordenen oder praktisch nicht durchführbaren Bestimmungen vom Zeitpunkt der Unwirksamkeit an durch eine neue, rechtswirksame Bestimmung zu ersetzen, durch die im Ergebnis der gleiche rechtliche und wirtschaftliche Erfolg erreicht wird, den die Vertragspartner bei Abschluss des Vertrages angestrebt haben.

17 Unterauftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer kann, soweit wettbewerbsrechtlich zulässig, zur Auftragsdurchführung nach Maßgabe seines Angebots Unterauftragnehmer einsetzen. Als eventuelle Nachunternehmerleistungen kommen sämtliche Leistungen der Sammlung, der Übernahme und des Transports bis einschließlich der Übergabe der Abfälle an der Verwertungsanlage in Betracht. Als Unterauftragnehmer gelten vom Bieter beauftragte Dritte, die einen Teil der ausgeschriebenen Leistungen für den Bieter erbringen. Lieferanten gelten nicht als Unterauftragnehmer.
- (2) Eine nachträgliche Änderung eines Unterauftragnehmers oder die Einschaltung von Unterauftragnehmern nach Auftragserteilung ist nicht vorgesehen. In begründeten Einzelfällen kann mit Zustimmung des AG hiervon abgewichen werden.
- (3) Bei der Übertragung von Teilen der Leistungen an Nachunternehmer (Subunternehmer) ist auch nach Vertragsschluss durch Zuschlagserteilung nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren. Die nachträgliche Änderung eines Nach- bzw. Subunternehmers bzw. die Einschaltung von Nach- bzw. Subunternehmern nach Auftragserteilung kann, falls ausnahmsweise erforderlich nur nach Nachweis der Leistungsfähigkeit und entsprechenden Darlegungen des Erfordernisses mit Zustimmung des Auftraggebers erfolgen. Dafür ist der mögliche Unterauftragnehmer dem Auftraggeber unter gleichzeitiger Vorlage von Eignungsnachweisen mit ausreichendem Vorlauf vor der Beauftragung unaufgefordert zu benennen. Die Nachunternehmer müssen über die für die übertragenen Leistungen erforderliche Eignung verfügen, wie sie sich auch der Ausschreibung entnehmen lässt, die der Beauftragung vorangegangen ist.
- (4) Erhält der Auftraggeber davon Kenntnis, dass beim Unterauftragnehmer Gründe vorliegen, die im Vergabeverfahren zum Ausschluss führen würden, kann der Auftraggeber die Ersetzung bzw. Auswechselung des Unterauftragnehmers verlangen. Liegen zwingende Ausschlussgründe vor, wird die Auswechselung verlangt, bei den sog. fakultativen Ausschlussgründen steht dem Auftraggeber insoweit ein Ermessen zu.
- (5) Dem Unterauftragnehmer dürfen insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen gestellt werden, als zwischen dem Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbart. Eine einseitige Änderung des Angebotspreises durch den AN jenseits der Anpassungsvorschriften nach diesem Vertrag ist dabei ausgeschlossen.

- (6) Gemäß § 36 (5) VgV verlangt der AG bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann der AG die Ersetzung des Unterauftragnehmers verlangen.
- (7) Für Unterauftragnehmer gelten die gleichen Vorgaben zu den Angebotspreisen und der Leistungserbringung wie für den AN.

18 Ergänzende Leistungen

Werden Leistungen verlangt oder erforderlich, die im Auftrag nicht enthalten sind, so müssen diese vor Beginn der Arbeiten beim Auftraggeber angeboten und vom Auftraggeber beauftragt werden. Anderenfalls scheidet eine gesonderte Vergütung aus. Die Preise sind auf Kalkulations- und Auftragsbasis des Hauptauftrages zu ermitteln. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, die Durchführung von angemessenen Nachtragsarbeiten auf Anforderung des Auftraggebers zu verweigern. Der Auftragnehmer hat bei Nachtragsarbeiten unverzüglich eine Auftragserteilung schriftlich zu beantragen.

19 Vertragsänderungen

Änderungen und Zusätze zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind unwirksam.

20 Vertragsende

Der AN hat bei Vertragsende, gleich aus welchem Grund, alles Erforderliche und Zumutbare zu unternehmen, um dem AG oder dem nachfolgenden AN die reibungslose Übernahme der Leistungen zu ermöglichen.

21 Gerichtsstand

- (1) Als Gerichtsstand für eventuelle auftretende Streitigkeiten aus diesem Vertrag gilt der Gerichtsstand des Auftraggebers als vereinbart.
- (2) Zur Beförderung einer möglichst frühzeitigen Beilegung von etwaigen Streitigkeiten während der Vertragslaufzeit vereinbaren die Vertragsparteien vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung einen gemeinsamen Klärungstermin, bei dem die Problemstellung eingehend diskutiert und versucht wird, eine gütliche Einigung zu erzielen.

22 Informationspflicht

Der AN ist verpflichtet, den AG über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände wie z.B. technische Störungen, Unfälle usw., bei denen Personen- oder Sachschäden entstehen, unverzüglich zu informieren. Der AN ist verpflichtet, unverzüglich und auf eigene Kosten Abhilfe zu schaffen, sofern der Grund für die Hinderung in seinem Verantwortungsbereich liegt. Über die betreffenden Maßnahmen ist der AG ebenfalls unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

23 Wechsel in der Person des Auftraggebers

Der AN verpflichtet sich, die vertragsgemäßen Leistungen auch dann zu erbringen, wenn die Entsorgungspflicht ganz oder in Teilen auf eine oder mehrere andere Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts übergeht oder der AG einen Dritten mit der Durchführung ihm obliegender Entsorgungspflichten gemäß § 22 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz beauftragt. Der AN stimmt bereits jetzt einer Vertragsfortführung durch den oder die neuen AG innerhalb der vereinbarten Leistungszeit unwiderruflich zu.

24 Loyalitätsklausel

Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung der Leistung die jeweils geltenden abfallrechtlichen Bestimmungen zu beachten und den Auftraggeber bei der Umsetzung seines Abfallwirtschaftskonzeptes zu unterstützen. Jegliche Handlungen, die dem Abfallwirtschaftskonzept des Auftraggebers widersprechen, hat der Auftragnehmer zu unterlassen. Die Vertragspartner verpflichten sich zur kooperativen Zusammenarbeit.

Textende -----

Anlage 1: Satzungen

Die Abfallwirtschaftssatzung und Gebührensatzung des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm finden Sie im Internet unter folgender Adresse:

<http://www.awp-paf.de/Buergerservice/Rechtsvorschriften.aspx>

bzw. unter

<http://www.awp-paf.de>

→ Rubrik: Bürgerservice / Rechtsvorschriften

→ Link „Abfallwirtschaftssatzung“ und „Gebührensatzung“

Anlage 2: Kostenstruktur BGL-Rechner

Die für die Preisgleitklausel verwendete Kostenstruktur des BGL-Rechners finden Sie im Internet unter <http://www.bgl-ev.de/>.

Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V. https://www.bgl-ev.de/web/der_bgl/informationen/branchenkostenentw...

Besuchen Sie uns auch!



Kostenentwicklung im Güterkraftverkehr - Einsatz im Nahbereich - von Mai 2021 bis Juni 2021

Kostengruppe	Kostenart	Veränderung in %	Kostenstruktur 2018 durchschnittl. Anteil der Kostenart an den Gesamtkosten in %	Kostengruppe Veränderung in %	Gesamtkosten Veränderung in %
Personalkosten Fahrer ¹ ohne Spesen	Lohn	0,00	34,68	0,00	0,47
	gesetzliche Sozialaufwendungen	0,00	8,05		
	sonstige	0,38	0,36		
Fahrerspesen ²	Fahrerspesen	0,00	1,38	0,00	
Fahrzeugeinsatzkosten (km-abhängige Leistungskosten)	km-abhängige Abschreibung	0,00	5,67	1,22	
	Kraftstoffkosten	2,36	13,86		
	Kosten zusätzl. Betriebsmittel (Harnstoff)	0,17	0,15		
	Schmierstoffkosten	2,27	0,20		
	Wartungs- und Reparaturkosten	0,27	3,94		
	Fzg.-Reinigungskosten (Außenreinigung)	0,19	0,88		
	Reifenkosten	1,09	1,48		
	km-bezogene Straßenbenutzungsgebühren ³	0,00	3,15		
sonstige Einsatzkosten	1,33	0,49			
Fahrzeughaltkosten (Fixkosten)	zeitabhängige Abschreibung	0,00	5,67	0,49	
	Fremdfinanzierungskosten	3,97	1,13		
	Prüfgebühren	0,00	0,28		
	zeitbezogene Straßenbenutzungsgebühren	0,00	0,00		
	Kfz.-Steuer	0,00	0,60		
	Versicherungen	0,00	3,28		
	sonstige Fixkosten ⁴	1,33	1,06		
Verwaltungskosten (Gemeinkosten)	Personalkosten	0,09	7,53	0,28	
	Sachkosten	0,38	6,16		

1) inklusive Fahrpersonalerbereitschaft; 2) Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen bei auswärtiger beruflicher Tätigkeit; 3) Bestimmung der Durchschnittsmaut anhand der Mautstatistiken des BAG bei Änderung der Mautsätze ([Hinweis](#)) sowie unter Berücksichtigung von Erweiterungen des mautpflichtigen Straßennetzes (mindestens jedoch einmal pro Jahr – Bezugsmonat Dezember); 4) inklusive anteilige Kosten überzählige ANH/SANH, WB.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; COP CompensationPartner GmbH, Hamburg; KRAVAG, Hamburg; Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main; eigene Erhebungen

Eine Information im Rahmen des Kosteninformationssystems des BGL – Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben und Ergebnisse.

© Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V.

Nutzung und Vervielfältigung nur mit Quellenangabe gestattet. Die kommerzielle Verwertung ist untersagt.